



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Pettzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Hebearbeit. (I.) — Die Internationale Hygiene-Ausstellung und die Gewerkschaften. (Schluß.) — Genossenschaftliche Tätigkeit. — Korrespondenzen (Frankfurt a. M., Köln a. Rh., Leipzig). — Rundschau. — Versammlungskalender. — Adressenveränderungen.

Beilage: Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission. (XXI.) — Korrespondenzen (Braunschweig, Dresden, Heilbronn a. N., Mainz-Wiesbaden, Nürnberg-Gürth). — Berechnungen.

Für die Woche vom 26. Februar bis 4. März ist die Beitragsmarke in das mit 9 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Eine Reihe von Zahlstellen hat die statistischen Fragebogen bis jetzt noch nicht eingeliefert. Wir machen nochmals auf die Dringlichkeit und die Bedeutung dieser statistischen Aufnahme aufmerksam und ersuchen um umgehende Erledigung. Die Namen jener Orte, aus denen Material nicht schnellstens eingeht, werden an dieser Stelle in der nächsten Nummer der „Solidarität“ veröffentlicht.

Der Vorstandsvorsitzende.

F. A. Paula Thiede, Vorsitzende.

Hebearbeit.

I.

Die Arbeiterfeinde am Werk der Verleumdung und Verhexung.

Das erfreuliche und kraftvolle Anwachsen der modernen Arbeiterbewegung erfüllt die Arbeiterfeinde immer mehr mit Unruhe und Beklemmung. Sie sehen sich immer wieder vor die schwierige Aufgabe gestellt, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen und die Werbekraft der Arbeiterorganisationen zu zerstören. Die Rechtlosigkeit und Ausbeutung des Volkes suchen sie im Interesse der bestehenden und herrschenden Klassen mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten. Dazu ist den Scharfmachern jedes Mittel recht.

Eines der beliebtesten Kampfmittel der Arbeiterfeinde ist die Verleumdung der verhassten Arbeiterbewegung sowie die Verhexung des Volkes und der Regierung gegen das Klassenbewußte Proletariat.

Den Gewerkschaften wird nachgesagt, daß sie ganz unerfüllbare und undiskutierbare Forderungen lebhaftig zu dem Zwecke erheben, um das so friedliche Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter zu stören. Die Gewerkschaften seien es, die erst die gährende Unzufriedenheit unter die Arbeiter getragen hätten. Denn — so folgern die Verleumder und Hexer weiter — die Gewerkschaften könnten erst dann ihren Mitgliederstand erweitern, wenn sich die Unzufriedenheit unter den Arbeitern breit mache.

Es wäre durchaus falsch, wollte man annehmen, daß solche einseitige und bössartige Verleumdungen nur von einzelnen besonders hervortretenden Scharfmachern unter den Arbeiterfeinden verbreitet werden. Im Gegenteil — diese verleumderischen Behauptungen durchdringen das gegnerische Bürgertum und die Regierung in gleichem Maße, sie bilden gleichsam die Unterlagen für alle Maßnahmen, die gegen die Arbeiterorganisationen eingeschlagen werden.

Das industrielle Unternehmertum hat es nur zu gut verstanden, Bürgertum und Regierung seinen Scharfmachereien zugänglich zu machen. Vornehmlich ist es der Nationalliberalismus, der sich zum Träger der Unternehmerrwünsche gemacht hat. In der Neujahrsnummer der „Nationalzeitung“ des Jahres 1910 bekannte sich der nationalliberale Führer Wassermann — dessen nahe Beziehungen zur Bülow-Regierung unlängst aufgedeckt wurden — ebenfalls ganz offen zu der Politik der Verleumdung und Verhexung. Er führte unter anderem aus: „Der schwere Druck der sozialdemokratischen Organisationen (soll heißen: Gewerkschaften) lastet auf der wirtschaftlichen Welt, und die von den Führern zu Feinden der Gesellschaftsordnung erzogenen sozialdemokratischen Arbeiter sind die Ursache der fieslosen Zustände in der Industrie. — In dem Augenblick, in dem die scharfen Gegensätze zwischen Zentrum und den Wochparteien verschwunden sein werden, wird die Sozialdemokratie erst recht darüber belehrt werden, welche gewaltige Bedeutung die Solidarität der Arbeitgeber in ihrer gleichmäßigen Abneigung gegen die sozialdemokratische Vergewaltigung besitzt und wie dieselbe ausgleichend unter den bürgerlichen Parteien wirkt.“

Kein Wunder, daß die Regierung einen gleichen oder gar noch schärferen Ton gegen die organisierte Arbeiterkraft anschlug. So rief in der Reichstagsitzung vom 10. Dezember 1910 der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg den sozialdemokratischen Abgeordneten zu, nachdem er das famose Wort von der moralischen Mitschuld geprägt hatte: „Sie werden diese Mitschuld nicht abwischen. Der Versuch dazu wird in seiner Wirkung nur eine Ermunterung zu neuen Straßenkämpfen sein, ein Teil der Kraft, die die Massen in immer größere Erbitterung gegen die staatliche Ordnung hineinstecken will. — Die Stimmung, die in Moabit losgebrochen ist, die haben Sie gewollt, auf die arbeiten Sie plannmäßig hin.“

Wird den Gewerkschaften der Vorwurf gemacht, den Frieden zwischen Unternehmertum und Arbeiterkraft gestört zu haben, so erheben die Arbeiterfeinde gegen die politische Interessenvertretung des Klassenbewußten Proletariats weit schwerwiegenderen Anschuldigungen. Es ist ihnen unerträglich, daß die großen Massen des arbeitenden Volkes durch die Sozialdemokratie zum politischen Bewußtsein gelangten. Die bestehenden und herrschenden Klassen sehen ihre wirtschaftlichen und politischen Vorrechte bedroht, sie fühlen, daß ihre Macht schwindet. Mit allen nur erdenklichen Mitteln der brutalen Gewalt, der eifendesten

Verleumdung und Verhexung suchten sie die Partei des Volkes zu schädigen und zu vernichten. Stellten sich auch alle Maßnahmen als verfehlt heraus, war es auch klar, daß die Werbekraft der verfolgten Bewegung von Tag zu Tag wuchs und durch die reaktionärsten Maßregeln gerade die Bewegung am besten gefördert wurde, so greift die Reaktion immer wieder zu den verwerflichsten Mitteln.

Die durch das provokatorische Verhalten gewalttätiger Streikbrecher und brutaler Polizeibeamten geförderten Unruhen in Moabit sollten den herrschenden Gewalten dazu dienen, die gehasste Arbeiterbewegung zu verleumden und mit ausnahmegesetzlichen Bestimmungen zu verfolgen. Die Arbeiterorganisationen wurden als Anführer von Gewalttätigkeiten gegen Eigentum und Staat hingestellt, die organisierten Arbeiter wurden verleumdet und das Volk gegen sie aufzuheizen versucht, verstärkte Handhabung der Gesetze wurde gefordert und vom Reichskanzler auch in Aussicht gestellt — doch die Urteilsprüche entzogen dem neuerlichen Verleumdungsfeldzug den unsicheren Boden. Trotzdem hält das Blatt des Reichskanzlers die Behauptung von der moralischen Mitschuld der Sozialdemokratie aufrecht.

Die Internationale Hygiene-Ausstellung und die Gewerkschaften.

(Schluß.)

Diese von einseitigstem Unternehmer-Egoismus und engherzigstem Partei-Fanatizismus zugehende Heße blieb nicht ohne Erfolg. Die von dem Direktorium der Ausstellung innerhalb einer Woche in Aussicht gestellte definitive Entscheidung über den Platz, der den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden sollte, ging nicht ein. Als dann die Generalkommission um definitive Bescheid ersuchte, erhielt sie von dem Direktorium die Mitteilung, daß auf dem partiarigen Gelände innerhalb der Ausstellung ein ausreichender Platz zur Verfügung stehe und daß wegen der Platzfrage eine erneute Aussprache gewünscht werde. Dieselbe fand Mitte Januar d. J. in Dresden statt. Zur nicht geringen Ueberraschung der Gewerkschaftsvertreter sah das Direktorium jetzt alle von den Unternehmern erhobenen Einwendungen gegen die gewerkschaftliche Heimarbeitausstellung für durchaus berechtigt an und verlangte Garantien dafür, daß die Ausstellung nicht tendenziös gestaltet werde. Die in der Eingabe des Verbandes sächsischer Industrieller an das Ministerium erhobenen Forderungen wurden fast wörtlich von dem Direktorium wiederholt. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten auch diesmal, sich den von den Unternehmern diktierten Bedingungen nicht fügen zu können. Zusatzbedingung sei der Vorschlag unannehmbar, eine Aufnahmejury, in der die interessierten Arbeitgeber vertreten sind, mit der Entscheidung darüber zu betrauen, was zur Ausstellung zuzulassen sei. Es wurden eine Reihe

weiterer Vorschläge erörtert. Auf Anfrage des Direktoriums erklärten die Gewerkschaftsvertreter sich ohne weiteres damit einverstanden, daß die Unternehmer in demselben Pavillon in einer besonderen Abteilung eine Heimarbeitausstellung veranstalten und machen weiterhin den Vorschlag, wirklich Unparteiische zur Entscheidung darüber zu berufen, ob die von den Gewerkschaften darzustellenden Heimarbeitverhältnisse zutreffend wiedergegeben seien oder nicht. Als geeignet zu diesem Schiedsrichteramt brachten die Gewerkschaftsvertreter die Vorstandsmitglieder der Gesellschaft für soziale Reform, insbesondere den Staatsminister a. D. Herrn v. Berlepsch und Herrn Professor Franke, in Vorschlag. Das Direktorium erklärte, sich darauf nicht einlassen zu können, denn alle diese Sozialreformer „schwebten in der Luft und kämen mit den Füßen nicht auf den Erdboden“. Unsere Vertreter machten noch den weiteren Versuch, einen sächsischen Vertreter der Gesellschaft für soziale Reform, Herrn v. Scheven in Dresden, als Unparteiischen in Vorschlag zu bringen, — aber „auch dieser Herr schwebte in der Luft“, erklärte das Direktorium und damit war auch dieser Vorschlag abgefallen. Kommerzientrat Lingner betonte mehrmals, daß er persönlich es durchaus gern sehen würde, wenn eine Basis gefunden werden könnte, welche die gewerkschaftliche Sonderausstellung ermöglicht. Die Internationale Hygiene-Ausstellung sei aber von der Regierung subventioniert, zum Teil von den Industriellen abhängig. Er sei also gezwungen, die Wünsche von jener Seite zu beachten. Die verschiedenen, bei der Verhandlung zur Erörterung gelangten Vorschläge sollten erst noch dem Ministerium unterbreitet und dann der Generalkommission schriftlicher Bescheid erteilt werden. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten dem Direktorium, daß sie nicht im Zweifel darüber seien, wie der im Einverständnis mit dem sächsischen Ministerium gegebene Bescheid ausfallen werde.

Mit Schreiben vom 25. Januar teilte Kommerzientrat Lingner dann der Generalkommission mit, daß er versucht habe, auf Grund der verschiedenen Vorlagen, die gemeinsam besprochen worden seien, eine alle Teilnehmer befriedigende Lösung herbeizuführen, daß ihm dies aber zu seinem großen Bedauern nicht gelungen sei und daß deshalb die gewerkschaftliche Heimarbeitausstellung nicht zugelassen werden könne.

Die hier eingehend geschilderten Vorgänge sind ein Schulbeispiel dafür, welche Macht das Unternehmertum in Deutschland besitzt. Für die sächsischen Unternehmer und deren im Ministerium des Innern tätigen Interessenvertreter werden Bestrebungen auf Verbesserung der hygienischen Verhältnisse weiter Volkstreuise in dem Augenblick zu einem Staatsverbrechen, wo das Privatinteresse der Unternehmer gefährdet werden könnte.

Diese Haltung der Ausstellungsleitung und ihrer sächsischen Protoktoren steht in schneidendem Gegensatz zu den offiziellen Reden, mit denen vor Jahresfrist die Vorarbeiten für die Ausstellung aufgenommen wurden. Auf der Tagung des Direktoriums und der Gruppenvorstehenden am 12. Februar erklärte der sächsische Staatsminister Graf Bismarck von Eckardt:

„Die Ausstellung soll uns zur Anschauung bringen, was Wissenschaft und Technik auf dem Gebiete der Hygiene geleistet haben, und indem sie das tut, soll sie einerseits den staatlichen und kommunalen Behörden erleichtern, sich die Ergebnisse der Wissenschaft anzueignen und sie in das praktische Leben zu übertragen. Andererseits soll sie das Interesse des Publikums wecken und den breiten Schichten der Bevölkerung zeigen, wie die Aufgaben und Bedürfnisse der Hygiene in alle Lebensgebiete eingreifen, was auf diesem Gebiete bisher geleistet worden ist, was geleistet werden kann und was noch geleistet werden muß. Das Letztere scheint mir beinahe das Wichtigste. Die Rolle unserer Mitbürger ist es gewesen, die uns gelehrt hat, das Problem der Hygiene als ein gemeinsames, als ein öffentliches, als ein soziales zu empfinden; die Not hat uns erzogen zu sozialem Empfinden und sozialem Pflichtgefühl!“

Wo blieb dieses soziale Empfinden, dieses soziale Pflichtgefühl des sächsischen Staatsministeriums, als die Arbeiterorganisationen sich vermaßen wollten, die Not der Heimarbeiter und die sozialen und hygienischen Schäden der Heimarbeit im Rahmen der Ausstellung dem breiten Publikum vor Augen zu führen? Worte — nichts als schöne Worte!

Auf der gleichen Tagung führte der Herr Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Prof. Dr. Summ, das folgende aus:

„Wir leben in einer Zeit, in der die politischen Gegensätze oft lebhaft aufeinanderprallen, und wo bei der nervösen Gereiztheit, die nicht bloß den einzelnen, sondern die Fraktionen, Gemeinwesen und Nationen beherrscht, oft über Dinge, die verhältnismäßig geringe Bedeutung zu haben scheinen, harte, schwere Kämpfe entbrennen. Da ist — Gott sei Dank — die Hygiene ein Thema, das in seinem Endzweck meistens die Uebereinstimmung aller Parteien und aller Nationen findet. Es spielt freilich hier als treibendes Motiv der Egoismus mit, indem jeder seine Gesundheit hoch einschätzt und ebenso die Nationen eine gesunde Bevölkerung und einen gesunden Nachwuchs entsprechend einzuschätzen wissen. Jeder greift gerne nach den Mitteln und erfaßt freudig die Handhaben, die ihm gezeigt und anempfohlen werden, um seine Gesundheit zu verbessern. Und bestreben finden wir, wo es sich um hygienische Neueinrichtungen, um hygienische Maßnahmen handelt, in der Regel eine erfreuliche Uebereinstimmung der Fraktionen und Parteien.“

Wie schnell doch solche schönen Worte vergessen sind. Die Absicht der Gewerkschaften, die Heimarbeitfrage, die bereits die Gesetzgebung der verschiedensten Länder beschäftigt und besonders in England zu wirksamen Reformen geführt hat, zur Darstellung zu bringen, genügt schon, um die sächsische Regierung in nervöse Gereiztheit zu versetzen, so daß sie die sächsischen Unternehmervertretungen gegen das Vorhaben der Gewerkschaften und der Ausstellungsleitung aufwiegelte. So traten harte, schwere Kämpfe an die Stelle der anfangs so erfreulichen Uebereinstimmung.

Was hat die sächsische Regierung mit ihrem Treiben gegen die Gewerkschaften erreicht? Sie hat erreicht, daß die Gewerkschaften angesichts dieser Kapitulation der Ausstellungsleitung vor den Unternehmerforderungen nicht bloß auf die Veranastaltung der Sonderausstellung betreffend Heimarbeit verzichteten, sondern nunmehr jede Beteiligung an der Internationalen Hygiene-Ausstellung ablehnten, weil ihnen nach dem, was sie erfahren mußten, das Vertrauen zur Ausstellungsleitung abhanden gekommen ist. Sie hat aber ferner erreicht, die Internationale Hygiene-Ausstellung mit dem Stigma der Förderung von Unternehmerinteressen zu behaften. Denn nichts anderes bezweckte ihre Forderung einer Jury, welche zur Hälfte aus sächsischen Unternehmerkreisen zusammenzusetzen sei, als dadurch jede ernsthafte Darstellung von Mißständen und Schäden der Heimarbeit zu verhindern. An dem Widerspruch der Industriellenvertreter wäre jede Ausstellung des tatsächlichen Heimarbeiterselbsts gescheitert.

Es ist nicht die Absicht der Gewerkschaften gewesen, die Heimarbeit tendenziös darzustellen, d. h. ausnahmsweise traurige Zustände zu verallgemeinern und die Farben noch schwärzer aufzutragen, als sie ohnehin sind. Nur die Darstellung dessen, was in Wirklichkeit vorhanden ist, sollte gewährleistet sein. Tatsächlich kann das Heimarbeiterselbst in seinem vollen Umfange gar nicht ausgestellt werden, denn wer würde wohl das Herz dazu haben, das Heim der allerärmsten Arbeiterfamilien mit seinem Jammer und Schmutz, seinen Miasmen und Dünsten und die kleinen Kinder und Kranken als Bewohner dazu dem Publikum so vorzuführen, wie es in seiner Wirklichkeit sich darstellt? Diese Wirklichkeit vermag auch die realistischste Ausstellung nicht wiederzugeben, — sie wird immer unerreicht bleiben und insofern wird jeder Ausstellung eine gewisse Tendenz der Schönfärberei innewohnen. Wer aber den Gewerkschaften zumutet, jede Tendenz, auch die berechtigte Tendenz, das Publikum vor

den Nachteilen der Heimarbeit zu warnen und die öffentliche Gesundheitspflege auf diese Mißstände hinzuweisen, beiseite zu lassen, der verkennt den hohen Zweck der Hygiene, die den Kampf gegen das Ungefunde, gegen das Gemeinschädliche, gegen Borurteile zu führen hat. Den Gewerkschaften war es so völlig Ernst mit ihrer Beteiligung an der Ausstellung, mit ihrem Vorhaben, auch ihrerseits zur Förderung der Hygiene beizutragen, daß sie sogar bereit gewesen waren, sich eine Ausnahmejury gefallen zu lassen, die sonst keinem anderen Aussteller zugemutet wurde. Nur sollte diese Jury wirklich unparteiisch sein. Zudem das Direktorium es ablehnte, Männer der Gesellschaft für soziale Reform, Männer vom Rufe eines Berlepsch, eines Franke, eines von Scheven als Unparteiische anzuerkennen, verriet es drastisch genug, worauf es der sächsischen Regierung ankam, auf die Hervorkehrung des einseitigsten Unternehmerinteresses.

Dieses Stigma der Einseitigkeit wird der Hygiene-Ausstellung anhaften, trotz alles wissenschaftlichen Aufgebots. Man mag sich in den leitenden Kreisen vielleicht zunächst darüber freuen, die Gewerkschaften glücklich losgeworden zu sein. Aber darüber wird man sich kaum täuschen, daß eine Organisationsgruppe von 2,2 Millionen Personen, die einen so erheblichen Einfluß auf dem Gebiete von Beruf und Arbeit entfaltet, daß sie hinsichtlich der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Schaffung eines neuen Arbeitsrechts vorbildlich wirkt, auch für die Hygiene ein Faktor von großer Bedeutung ist, der nur zum Nachteile der Ausstellung selbst ausgeschaltet werden kann. Und auch darüber dürfte wohl Klarheit herrschen, daß die großen Aufgaben der Hygiene durch eine derartige Behandlung der Gewerkschaften, die auf die Arbeiterkreise verlegend wirken muß, nicht gefördert werden.

Die Gewerkschaften werden sich mit diesem Stand der Dinge abzufinden wissen. Ist es für sie doch ein erneuter Beweis dafür, daß wir in einem kapitalistischen Staate leben, und daß Sozialpolitik, Hygiene und Volkswohl an kapitalistischen Interessen ihre Grenze finden. Desto mehr aber haben die deutschen Gewerkschaftskräfte alle Ursache, die Darbietungen einer Ausstellung, die unter dem Protektorate der sächsischen Regierung steht, einer strengen, kritischen Prüfung zu unterziehen, denn die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch in anderen Zweigen der Hygiene das Gemeinwohl hinter das Unternehmerinteresse zurücktreten mußte.

Genossenschaftliche Tätigkeit.

Das „Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1910“*) bringt eine Fülle von Material für die soziale und wirtschaftliche Bedeutung der genossenschaftlichen Bewegung bei. Die bisherige Entwicklung und der jetzige Stand des deutschen Genossenschaftswesens ist im Jahrbuch in zahlreichen Tabellen dargestellt, und auch die Genossenschaftsbewegung des Auslandes ist in unterrichtender und vergleichender Weise herangezogen. In geschäftlicher Beziehung interessiert die Großverkaufsgesellschaft wohl in hohem Maße, weil sie gewissermaßen das Herz des gesamten genossenschaftlichen Geschäftslbens bildet.

In ihrem Gründungsjahr 1894 waren der Großverkaufsgesellschaft 47 Vereine angeschlossen, für das Berichtsjahr 1909 betrug die Zahl 633. Der Umsatz wuchs in der gleichen Zeit von 542 000 Mark auf rund 75 Millionen Mark (die in nächster Zeit zu erwartende Jahresabrechnung für 1910 dürfte über etwa 90 Millionen Mark Umsatz berichten). Der Reingewinn hat natürlich ebenfalls eine dementsprechende Steigerung durchgemacht,

*) Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Achte Jahrgang 1910. Herausgegeben von dem Generalsekretär Heinrich Kaufmann. 2 Bände mit XXIV/361 und VIII/1079 Seiten Lexikonformat. Preis 10.— Mk. Hamburg, Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

er stieg von 3425 M. auf rund 870 000 M. Aber nicht nur der enorm steigende Umsatz nötigt Bewunderung ab, sondern vor allen Dingen die brillante Finanzgebarung der Gesellschaft. Der Reingewinn wurde und wird nicht, wie es bei den allermeisten Konsumvereinen geschieht, zum größten Teil an die Gesellschafter verteilt, sondern zur Stärkung der Finanzen verwendet; darum sind auch genügend Reserven in den verschiedenen Fonds vorhanden. Die Verteilung an die Gesellschafter beträgt nur 2%, also auf je 1000,— M. Umsatz 2,— M. Rückvergütung. Eine Privatkapitalgesellschaft würde mit einer so geringen Profitrate bei so glänzenden Geschäftsergebnissen natürlich nicht zufrieden sein, aber da in diesem Genossenschaftsunternehmen keine Profitinteressen herrschen, sondern alles von der hohen Warte der Gemeinwohlinteressen geleitet wird, ist es dadurch möglich, durch die Ansammlung von Kapitalien viel nützlicher für die gesamte Bewegung zu arbeiten, wie es bei Verteilung des Reingewinns der Fall sein könnte.

Diese Zentralisation des zum größten Teil von Proletariern zusammengebrachten Kapitals kann im hohen Grade wieder für die Interessen der Arbeiterschaft wirken, vor allen Dingen durch die Errichtung von Genossenschaftsfabriken, bei deren Betrieb der Profit des Privatunternehmers ausgeschaltet wird.

Den Mittelpunkt des genossenschaftlichen Lebens bildet der „Zentralverband deutscher Konsumvereine“, der im Jahre 1903 von etwa hundert Konsumvereinen gegründet wurde, welche ihrer fortschrittlichen Tendenzen wegen aus dem „Kriegerischen Genossenschaftsverband“ herausgedrängt wurden. Dem Zentralverband gehörten im Berichtsjahr 1169 Vereine mit rund 1 100 000 Mitgliedern an, diese Zahl ist im Jahre 1910 ganz bedeutend gewachsen. Nun existieren zwar in ganz Deutschland etwa 2500 Konsumvereine und es wäre somit noch nicht die Hälfte, welche dem Zentralverband angehören, aber die wirtschaftlich stärkeren sind doch auf unserer Seite, denn der Zentralverband umfaßte etwa zwei Drittel der gesamten genossenschaftlich organisierten Konsumenten.

Die Vereine des Zentralverbandes machten im Jahre 1909 einen Umsatz von über 382 Millionen Mark in 3265 Verkaufsstellen. Die Zahl der beschäftigten Personen beträgt 16 285, der Wert der in der Eigenproduktion hergestellten Waren beträgt mehr als 53 Millionen Mark. Als Grundbesitzer können die Vereine sich auch sehen lassen, betrug doch der Wert an Grundstücken 56 Millionen Mark, zu dem ein Inventarwert an Maschinen usw. von 9 Millionen Mark kommt. Als eigenes Betriebskapital nennen sie fast 37 Millionen Mark, als fremdes etwa 64,2 Millionen Mark.

Welchen nun diese Zahlen die erfreuliche, von geschäftlichen und genossenschaftlichen Erfolgen begleitete Arbeit des Zentralverbandes und seiner Glieder, so kann man aber auch mit Genugtuung konstatieren, daß der Zentralverband auch auf sozialem Gebiet fortschrittlich gestimmt ist. Wir berichteten seinerzeit über den Abschluß von Tarifen mit den für die Konsumvereine in Betracht kommenden Gewerkschaften, und gerade der Zentralverband ist es, der auch bei den etwa noch rückständigen Vereinen seinen Einfluß auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse geltend macht. Und allen Reichsverbandstätigen zum Troß kann hier gesagt werden, daß mit ganz wenigen Ausnahmen die Arbeitsverhältnisse der dem Zentralverband angeschlossenen Vereine zufriedenstellend sind und daß sie von Privatbetrieben wohl nirgends übertroffen werden. Das Bestreben des Zentralverbandes geht dahin, die Arbeitsverhältnisse in allen angeschlossenen Vereinen mufertiglich zu gestalten.

Die Unterstützungskasse des Zentralverbandes ist ein Werk, das tünlich über der „vollen Kompottschüssel“, welche die staatliche Invalidenversicherung bietet, steht. Sie zählt jetzt rund 5000 Mitglieder, das Gesamtvermögen beträgt nicht ganz 1,5 Millionen Mark und es kommen etwa 453 000 M. an jährlichen

zi. Nach Ablauf der Karenzzeit mit dem 1. Januar d. J. ihre Tätigkeit als Unterstützungskasse aufgenommen, und wir werden also im nächsten Jahre nicht nur über die Vermögenszunahme, sondern auch über die Wirkung der Unterstützung berichten können.

Wie in anderen Jahren, so hat auch diesmal der Herausgeber des Jahrbuches, Heinrich Kaufmann, seinem Werk eine theoretisch und praktisch wertvolle Einführung gegeben; er beschreibt darin die wirtschaftlichen Kämpfe der Gewerkschaften, die Steuergesetzgebung gegen die Konsumvereine und führt uns in einem weilläufigen Abschnitt, den er „Zur Theorie der Genossenschaftsbewegung“ nennt, in die traurigen Gefilde der Heimarbeit hinein, deren Entstehung aus den wirtschaftlichen Verhältnissen er uns schildert. Dieser Abschnitt ist zugleich ein Stück Volksgeschichte und Nationalökonomie, und sein Studium ist nicht nur interessant, sondern auch außerordentlich lehrreich. Deshalb soll das Kapitel „Zur Theorie der Genossenschaftsbewegung“ in einer der nächsten Nummern unserer Zeitung besondere Besprechung finden.

Das Kapitel „Wirtschaftliche Kämpfe der Genossenschaften“ zeigt uns, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung am besten begriffen hat, welche Vorteile aus der Kupfermachung des Genossenschaftsgedankens erwachsen können. Die Kreditgenossenschaften haben ihren Boden in den Städten gefunden, die Bezugs- und Absatzgenossenschaften der städtischen Handwerker lassen aber noch viel zu wünschen übrig. Der Stand der Konsumgenossenschaftsbewegung ist, wenn auch ständig fortschreitend, so doch nicht in dem Maße befriedigend, wie man von einer Organisationsform, welche die größten Entwicklungsmöglichkeiten birgt, erwarten könnte. Die Bedeutung der organisierten Kaufkraft wird häufig noch nicht anerkannt, obgleich sie uns gerade bei der Reichsfinanzreform von den Zwischenhändlern bewiesen wurde, welche die allgemeine Verteuerung verschiedener Artikel durch den Zoll dazu benutzt haben, um für sich einen erheblichen Ertrag zu erzielen. Der Kampf gegen die Konsumvereine, welche in sehr vielen Orten als Preisregulatoren auftreten, wird denn auch von den Zwischenhändlern in gewohnter Schärfe geführt; dergleichen suchen die großen Unternehmerartelle auch ihre Macht gegen die Konsumgenossenschaften ins Feld zu führen, weil sie ganz genau wissen, daß ihrer Machtstellung einzig und allein von diesen Gefahr droht. Daß der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sich auch die Konsumvereine aufs Korn nimmt und unwahre Behauptungen über sie ausstreut, ist ja bekannt, ebenso der Vorwurf, daß die Konsumvereine politische Bestrebungen unterstützen, womit man besonders bei Beamten und sonstigen Angestellten haufieren geht, sich auch nicht schent, rückständigen Staats- oder Gemeindebehörden ihre Untergebenen als Mitglieder sozialdemokratischer Konsumvereine zu denunzieren. In der Reihe der Kämpfer gegen die Konsumvereine selbst auch die tapferen Kriegervereine nicht, die gar häufig ihre Mitglieder vor die Lösung stellen: Entweder Austritt aus der Genossenschaft oder Ausschluß aus dem Kriegerverein! Leute, die eine Verbesserung ihrer Lebenslage erstreben, werden vor solchen Kreuzpunkten wohl keinen Augenblick mit der Entscheidung zögern. Daß natürlich die Rabattsparevereine als scharfe Gegner der Konsumvereine auftraten, und daß einige politische Parteien, so die Konservativen, die Antisemiten, zum Teil auch das Zentrum usw., den Kampf gegen die Konsumgenossenschaften auf ihre Fahnen geschrieben haben, sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Im ganzen bietet das Kapitel „Wirtschaftliche Kämpfe“ das alte, betannte Bild; der steigenden Bedeutung der Genossenschaftsbewegung entsprechend aber ist die Fülle von Material, die im Jahrbuch zusammengetragen ist. Ueber die Steuergesetzgebung gegen die Konsumvereine ist unseren Lesern in den monatlichen Genossenschafts-Uebersichten berichtet worden und ekbrigt sich wohl eine weitere Behandlung dieses Kapitels.

Im ganzen bietet das Jahrbuch eine lehrreiche genossenschaftlich-volkswirtschaftliche Studie, die uns Gewerkschaftern vor allen Dingen darum Interesse abnötigt, weil der Genossenschaftsbewegung eine der Kapitalwirtschaft ganz entgegengesetzte Tendenz inneohnt. Hat diese das Bestreben, recht große Kapitalien in möglichst wenigen Händen zu vereinigen, um dann eine diktatorische Machtstellung über die große Masse des Volkes einzunehmen, so sucht die Konsumgenossenschaftsbewegung recht viele Volksgenossen zu sich heranzuziehen, um sie alle an den Vorteilen teilnehmen zu lassen, welche die auf gemeinnütziger Grundlage beruhenden Organisationen bieten.

Im ganzen genommen bringt das Jahrbuch eine Fülle von Anregungen, die wiedergegeben in einer kurzen Besprechung natürlich nicht möglich ist; wer aber Interesse an der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung nimmt und wirtschaftliche Erkenntnisse schöpfen will, sollte nicht veräumen, sich in das Studium des Jahrbuches zu vertiefen. G. r. t.

Korrespondenzen.

Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung am 3. Februar. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Genossin Emma Jhrer und des Genossen Paul Singer. Er hob in kurzen Worten die Verdienste, die sich die Verstorbenen um die Arbeiterfrage erworben haben, hervor, worauf die Versammlung deren Andenken in üblicher Weise ehrte. Sodann berichtete er von der Firma Birkenstein, wofelst durch Vorkelligkeiten die dortigen Kolleginnen eine Mark Zulage pro Woche erhielten. Was die statistischen Fragebogen anbelangt, so muß gesagt werden, daß sich unsere Kollegen und Kolleginnen bei dieser Arbeit sehr faul gezeigt haben, und so war der Vorstand auf sich allein angewiesen, das gesamte Material zu erledigen. Das muß bei der kommenden Tarifrevision anders werden, denn es ist unmöglich, daß der Vorstand die hierzu zu bewältigende Arbeit allein ausführen kann. Kollege Kroiß gab den Kartellbericht, welchem unter anderem zu entnehmen ist, daß am 2. Pfingstfeiertag das Gewerkschaftsfest stattfindet. Bei der nun folgenden Wahl des Kartelldelegierten wurde Kollege Kroiß einstimmig wiedergewählt. Der Kassierer gab hierauf den Kassenbericht, nach welchem unter Berechnung der Einnahmen und Ausgaben noch 326,95 M. am Orte verbleiben. Die Mitgliederzahl beträgt nach Zu- und Abgang 154, das ist eine Zunahme von sechs Mitgliedern im vierten Quartal. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit von Büchern und Kasse. Kollege Korb berichtete über unsere Stellung zur Tarifrevision. Er führte aus, daß sich seit Bestehen des jetzigen Tarifes Mängel herausgebildet hätten, die bei der diesjährigen Tarifrevision unbedingt beseitigt werden müssen. Daß die Leistungsfähigkeit des Arbeitsnachweises, seit derselbe paritätisch eingeführt ist, bedeutende Fortschritte gemacht habe gegen früher, ist erwiesen. Auch haben die Prinzipale unsern Nachweis einer Besichtigung unterzogen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute in Frankfurt a. M. tagende Mitgliederversammlung stellt sich auf den Boden der Bremer Tarifrevision. Die Versammelten erklären sich bereit, wieder einen Tarifvertrag mit der Frankfurter Prinzipalsvereinigung abzuschließen, jedoch nur dann, wenn letztere bereit ist, die Minimallohne den Leuerungsverhältnissen entsprechend zu erhöhen, ebenfalls den über Minimum Entlohten eine noch später zu bezeichnende Zulage zu gewähren. Vor allem verlangen aber die Versammelten, wenn ein Tarifvertrag abgeschlossen wird, daß die im Laufe der diesmaligen Tarifperiode gezeitigten Mängel beseitigt werden. Die Versammelten verpflichten sich ihrerseits, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften mitzuwirken, daß alle Kollegen und Kolleginnen unserer Organisation zugeführt werden. Ferner verpflichten sich die Anwesenden, auch in den Steinrudereien eine rege Agitation zu entfalten, damit endlich auch in diesen Betrieben die traurigen Lohnverhältnisse eine gründliche Verbesserung erfahren.“ — Es wurde nun, um die Agitation auch erfolgreich durchführen zu können, eine Agitationskommission gewählt. Wir erwarten aber auch ganz bestimmt, besonders von dem Steinrudchhilfepersonal, daß, wenn der Ruf an sie ergeht, demselben auch Folge leisten und sie Mitglieder unserer Organisation werden. Denn so wie die Verhältnisse zurzeit liegen, ist an eine Verbesserung ihrer erbärmlichen Lage gar nicht zu denken. Deshalb hinein in die Organisation. Ohne Kampf kein Sieg!

Köln a. Rh. Am Sonntag, den 5. Februar, tagte im Goldenen Löwen eine öffentliche Versammlung aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, zu der sich auch etwa 40-50 „Christliche“ unter Führung des „Zentralvorstehenden Hornbach“ eingefunden hatten. Aus allen Berufen, wie Holzarbeiter, Schneider usw. waren sie aus dem Gefellenhaus herangeholt worden, um zunächst dem christlichen Verbändchen als Staffage zu dienen. Kollege Paulmecht vom Steinbruderverband ging in seinem Vortrage von den wirtschaftspolitischen und sozialen Verhältnissen der graphischen Berufe aus. Er schilderte eingehend die geradezu rühmlichen Leistungen der Hochschutzzollpolitik, die hauptsächlich die Luruspapier- und Postartenindustrie getroffen habe; die Verhältnisse würden noch schlechter sein, wenn nicht durch den erhöhten Inlandsbedarf einigermaßen ein Ausgleich stattfinden würde. Hand in Hand mit dem Industrie-Hochschutzzoll gehen die Agrarzölle, die dem Arbeiter die Lebensmittel gewaltig verteuern. So sei der Arbeiter der graphischen Industrie doppelt geschädigt. Im vorigen Jahre ist die wirtschaftliche Konjunktur günstiger geworden. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen der graphischen Berufe mühten sich nun mehr in den für sie zuständigen Organisationen zusammenzuschließen, um den Gefühlen der Unternehmer auf unbeschränkte Ausbeutung ein Verbot zu bieten. Der einzelne könne nichts erreichen, nur wenn jeder seine Kraft in die Waagschale werfe, könnten durch den Zusammenschluß Erfolge erzielt werden. An einzelnen Beispielen wies der Redner nach, wie die Organisationen bisher schon gewirkt haben; so sei durch Beherrschung des Arbeitsmarktes in seinem Beruf kein Unternehmer mehr in der Lage, billige und willige Arbeitskräfte zu erhalten; der Anarchie auf diesem Gebiete sei ein Ende gemacht worden. Durch die Regelung der Lehrlingsfrage werde eine Ueberfüllung des Berufs zurückgehalten. Es zeige sich, daß in allen Städten, wo die Arbeiter der graphischen Berufe es verstanden haben, sich zusammenzuschließen, günstige Tarife abgeschlossen werden konnten. Zurzeit der Krise sei es den Unternehmern nicht möglich gewesen, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern, trotzdem gerade im Steinbrudergerbe die ärgsten Scharfmacher herrschen. Ließe die Arbeiterchaft sich gehen, so sei sie der Willkür der Unternehmer ausgeliefert; in den schlecht organisierten Berufen zeige sich das deutlich. Einzelne Arbeiterkategorien könnten sich nicht von ihren bürgerlichen Ansichten trennen und hätten darunter schwer zu leiden. Die Gewerkschaften verrichten Kulturarbeit, die eigentlich der Staat und die Kommune zu leisten habe, indem sie das geistige, sittliche und materielle Niveau ihrer Mitglieder auf eine höhere Stufe bringe; das sei richtig angewandtes Christentum. In seiner Gewerkschaft lerne der Arbeiter erst seine eigene Lage erkennen und werde ein voller Mensch mit Selbstvertrauen. Deshalb müsse sich jeder, ganz gleich, ob gelernter oder ungelernter Arbeiter seiner zuständigen Berufsorganisation anschließen. Je stärker und geschlossener eine Organisation sei, um so segensreicher könne sie im Interesse der Berufsangehörigen wirken. Lebhafter Beifall lohnte dem Redner für seine trefflichen und sachlichen Ausführungen.

Obwohl der Referent die „Christlichen“ Gewerkschaften mit keinem Wort erwähnte, was den anwesenden Gewerkschaftskreisen nicht in den Kram zu passen schien, ließen es die „Nulbfamen“ nicht an Zwischenrufen fehlen. Als aber Kollege Paulmecht einmal das Zentrum an der unheilvollen Zollpolitik für misslich erklärte, da gerieten sie ganz aus dem Häuschen. Auf einer Liste meldeten sich gleich sieben Mann zum Wort, die zweifellos alle die Zentrumspartei von dieser Anschuldigung reinwaschen wollten. Da der Saal um 2 Uhr geräumt werden mußte und sich auch von unserer Seite sechs Kollegen zum Wort gemeldet hatten, schlug der Vorsitzende, Kollege Krumpfert, vor, dem „Zentralvorstehenden vom christlichen Verband eine halbe Stunde und den übrigen Diskussionsrednern abwechselnd je zehn Minuten Redezeit zu gewähren. Es erhob sich kein Widerspruch dagegen. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte, die aber an dem Vorschlag Krumpferts nichts änderte, ergriff Herr Hornbach das Wort, der in seiner Einleitung gegen den Referenten polemisierte, um ihn dann das Zeugnis auszustellen, daß er sachlich gesprochen habe. Erst verwarf er die Schutzpolitik und dann sagte er wieder, man könne darüber verschiedener Meinung sein. Ebenso machte er es mit den freien Gewerkschaften. Erst erkannte er deren Verdienste an, daß sie sehr viel Gutes für die Arbeiterchaft getan hätten, dann verwarf er sie wieder als sozialdemokratisch und erging sich nach seiner bekannten Manier in

Schwägungen und Verleum. freien Verbände, ohne jedoch „Arbeiter“ zu erbringen. Nach einer großen Kunstpause ging er zum Chemigraphentarif über, der es ihm ganz besonders angetan hatte. Davon hatte er die Meinung, daß er ein Monopolvertrag sei, wodurch Andersdenkende bei der Arbeitsvermittlung dem Terrorismus der freien Verbände ausgeliefert wären. Wieder war ihm der Faden gerissen und ein Zwischenruf lenkte ihn auf die Lohnbewegung bei der Firma J. V. Bachem, worauf er sofort reagierte. Er erklärte, es sei ihm von Herrn Bachem bestätigt worden, daß die Lohnhöhungen „seinem“ Vorgesetzten zu danken seien, was natürlich bei den Ausständigen Selbsteit auslöste. Kollege Krumpfert bemerkte kurz, daß es sich für ihn nicht lohne, auf die letzten Ausführungen des Redners einzugehen, denn in Wirklichkeit sei es nur ein Wis gewesen, der auch von der Versammlung dementsprechend bewertet wurde. Kollege Sillier, Zentralvorsteher des Senefelder-Bundes, wies darauf hin, daß zurzeit des Tarifabschlusses im chemigraphischen Gewerbe ganze vier Männchen christlich organisiert gewesen seien. Man könne es den „Christlichen“ nachjühlen, wie dieser Tarif auf sie gewirkt habe, wo sie nicht mitraten und mittaten konnten; seien doch durch diesen Tarif die Löhne um 21 Prozent gestiegen, außerdem sei der Achtstundentag eingeführt. Nachdem noch ein Christlicher gesprochen hatte, wurde Schluß der Debatte beantragt, weil es schon zwei Uhr war und der Saal geräumt werden mußte. Da zeigte sich aber die Erziehung der Christlichen. Durch wüßtes Gärmen suchten sie auf alle mögliche Art die Versammlung zu stören. Und selbst Herr Hornbach, der vorher nicht wußte, wie er seine halbe Stunde Redezeit ausfüllen sollte, der so ausgiebig zu Worte gekommen war, sprach gegen den Antrag. Der Vorsitzende wies ihn gebührend zurück und bedauerte, daß er Hornbach als Zentralvorsteher auf seine Mitglieder nicht soviel Einfluß habe, daß sich diese in der Versammlung als anständige Menschen auführen. Dann erst forderte Hornbach seine Getreuen auf, sich zu setzen. Der Schlußantrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. Von neuem begann die Madalust der „Christlichen“ und sie versuchten den Referenten durch allerlei Zwischenrufe am Schlußwort zu hindern. Ein recht junger Mann, der seine Flegeleien trotz mehrerer Ermahnungen durch den Vorsitzenden nicht lassen konnte, wurde aus dem Saale gewiesen. Seine „Christlichen“ Kollegen erklärten sich mit der Flegelei solidarisch und verließen unter großem Lärm den Saal, wozu sie ihr „Zentralvorstehender“ aufforderte. Der Referent konnte erst nach wieder hergestellter Ruhe sein Schlußwort zu Ende führen.

Das ganze Verhalten hat uns allen am deutlichsten bewiesen, daß es den „Christlichen“ weniger darauf ankommt, die traurigen Verhältnisse der Berufsangehörigen zu verbessern zu helfen, als durch ihr wüßtes Treiben die Arbeiterchaft wieder auseinander zu organisieren. Für ganzes Tun und Trachten war darauf gerichtet, die Versammlung nach allen Regeln ihrer Regelhaften Kunst zu stören und einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben, zum Schaden ihrer selbst und zum Vorteil des Unternehmertums. Und daß dieses Treiben von der Arbeiterchaft immer mehr erkannt wird, dazu hat diese Versammlung beigetragen.

Leipzig. Am Freitag, den 10. Februar, tagte bei „Kohm“ die erste der beschlossenen Branchenversammlungen, die sich auf die Steinschleifer und Steinbrudererhilfsarbeiter erstreckte. Der Besuch hätte im Interesse der Sache ein besserer sein können. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, „Ergebnis unserer Lohnstatistik“ referierte Kollege Schulze. Er bedauerte, daß trotz der kommenden ersten Zeiten keiner der Unorganisierten dem Rufe der Organisation Folge geleistet hat. Das Ergebnis der Lohnstatistik ist kein erfreuliches für die Schleifer zu nennen. Von 72 in Frage kommenden Betrieben sind nur von 31 die Beantwortung der statistischen Fragebogen von Steinschleifern erfolgt. Der aus der Statistik ermittelte Durchschnittslohn ergibt bei den Steinschleifern nur eine kleine Erhöhung des bisher bestehenden Minimallohnes trotz vierjährigen Bestehens der Tarifgemeinschaft. Die Hilfsarbeiter stehen in dieser Hinsicht besser da. Sie haben es im Durchschnitt bis zu 1,30 Mk. über den bestehenden Minimallohn gebracht. Auch hinsichtlich des Organisationsverhältnisses ist zu verzeichnen, daß dasselbe bei den Hilfsarbeitern ein besseres ist, als bei den Steinschleifern. An die Versammelten wird der Appell gerichtet, aus der Statistik die notwendige Lehre zu ziehen. Vor allen Dingen muß aber an der Organisation der Indifferenzen mit allen Kräften gearbeitet werden. Nach kurzer

Diskussion ging man zur Erledigung des zweiten Punktes über: „Wahl einer Tarifkommission“. Nach erfolgter Wahl von 7 Kollegen, die zusammen mit der bisher bestehenden Schleiferkommission die notwendigen Vorarbeiten zur Tarifumkehrung erledigen sollen und einer Auforderung zur intensiven Agitation, fand die Versammlung ihr Ende.

Rundschau

Tarifabschluss der Lichtdrucker Deutschlands. Der seit dem Jahre 1904 bestehende Lichtdrucker-Tarif, der am 1. Januar 1911 sein Ende erreichte, sollte im vorigen Jahre bereits verlängert werden. Verhandlungen, die in Dresden stattfanden, scheiterten daran, daß die Unternehmervereinigung zu schwach war, um die Einhaltung eines Tarifs zu garantieren zu können. Inzwischen stellten die Lichtdrucker in Berlin die Forderung auf Abschluß eines Lokal-Tarifes, in dem die achtstündige Arbeitszeit, Ferien, Erhöhung des Mindestlohnes usw. gegenüber dem früheren Zentraltarif gefordert wurde. Die Unternehmer in Berlin lehnten einen lokalen Tarif ab, dadurch kam es zu einer allgemeinen Kündigung der Berliner Lichtdrucker. Während der Zeit der Kündigung traten die Unternehmer erneut zusammen und gründeten eine neue Unternehmervereinigung, die sofort die Gehilfenorganisation zu Tarifverhandlungen aufforderte. Die hierauf am 28. und 29. Januar in Berlin stattgefundenen Verhandlungen führten zu einem provisorischen Abschluß auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für einen Teil der Gehilfen im Lichtdruckergerbe, die Drucker sollten wie früher auch weiter 8 1/2 Stunden arbeiten. Ueber diese Vorschläge stimmten die Gehilfen Deutschlands durch Urabstimmung ab; sie verwarfen jedoch mit einem Drittel gegen zwei Drittel Stimmen diese Bedingungen. Hierauf fanden am 12. Februar die weiteren Verhandlungen statt, bei denen es zum Abschluß eines Tarifes auf fünf Jahre kam. Festgesetzt wurde bis 1. Juli die 8 1/4 stündige Arbeitszeit, ab 1. Januar 1913 allgemein die achtstündige. Die Berliner Firmen verpflichteten sich, bereits ab 1. Januar 1912 die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Der Mindestlohn für im halben Gehilfenjahr stehende Gehilfen wurde von 22,— auf 24,— Mk. erhöht, nachdem sollen statt 25,— Mk. 27,— Mk. gezahlt werden, darauf sind die Löhne der Leistung entsprechend zu vereinbaren. Ueberstunden werden die ersten mit 25, von der zweiten Stunde an mit 33 und Sonntags mit 50 Prozent Zuschlag entschädigt. Die gesetzlichen und vom Geschäft angeordneten Feiertage werden begahlt. Für je zwei Abteilungen werden auf 1 bis 5 Gehilfen 1 Lehrling gehalten. Das Tarifamt wurde nach Berlin verlegt und acht Tarifkreise geschaffen. Den Verhandlungen wohnten die Organisationsvertreter beider Verbände bei.

Diesem Bericht, den wir der Tagespresse zu entnehmen gezwungen waren, müssen wir noch hinzufügen, daß, als die ersten Berliner Verhandlungen geschlichtet waren und die bereits eingetragenen Kündigungen der Gehilfen in zehn Berliner Betrieben abzulaufen drohten, ohne ein positives Ergebnis zu zeitigen, von der Gehilfenorganisation Verhandlungen über eventuelle Solidaritätsmaßnahmen des Hilfspersonals mit dessen Berliner Organisationsleitung angebahnt wurden. Der Erfolg war, daß die Hilfsarbeiterinnen und Arbeiter versprachen, „Gewehr bei Fuß“ zu stehen, um im entscheidenden Moment eingreifen zu können. Mit das eigene Schicksal im Trodenen sich befindet, hält man es nicht einmal für notwendig an maßgebender Stelle, über den Ausgang der Bewegung — wie nachdrücklichst unserer Berliner Verwaltung versprochen wurde — zu berichten. Die Gehilfen sind auf fünf Jahre gesichert — möge das Hilfspersonal bis auf den jüngsten Tag „Gewehr bei Fuß“ stehen — wenn es nicht früher wieder zur Hilfsleistung gebraucht wird! —

Versammlungskalender.

Gesittorun a. R. Mittelfeder-Versammlung am Montag, den 27. Februar 1911, 8 Uhr abends, im Lokale von Karl Hoff, Turmstr. Tagesordnung: Geschäftliches. Vortrag. Verschiedenes.

Arbeitervereinigungen.

Gesittorun a. R. Vorsitzender: Wilhelm Schwan, Pfaffenstraße 3 I. Kassierer: Ernst Küstner, Gartenstr. 87.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 8.

Berlin, den 25. Februar 1911.

17. Jahrgang.

Aus der Reichsversicherungs- ordnungs-Kommission.

XXI.

Die Kommission erledigte in der vorigen Woche das 6. Buch des Entwurfs, das deshalb für die Arbeiterschaft eine sehr große Bedeutung hat, weil das Verfahren in Unfallsachen wesentlich und zum Schaden der Arbeiter geändert werden sollte. Für die Regierungen und die bürgerlichen Parteien kam ganz besonders in Betracht — woran noch einmal erinnert werden möge — daß das Reichsversicherungsamt in Unfallsicherungssachen überlastet sei und deshalb eine Verminderung der Klagen vor dem Reichsversicherungsamt unbedingt herbeigeführt werden müßte. Die Sozialdemokraten dagegen waren zwar an sich diesen Bestrebungen nicht abgeneigt, legten aber das entscheidende Gewicht darauf, daß das Rechtsverfahren für die Arbeiter im ganzen nicht verschlechtert, sondern verbessert werden müßte. Nach den Beschlüssen der Kommission soll die Berufsgenossenschaft einem verunglückten Arbeiter zunächst einen Vorbescheid zustellen und darin dem Berechtigten mitteilen, ob und welche Rente sie ihm gewähren will. Dem Berechtigten steht das Recht zu, gegen diesen Vorbescheid innerhalb eines Monats Einspruch zu erheben. Die Berufsgenossenschaft kann dann entscheiden, ob sie den Einspruch des Berechtigten in ihrem eigenen Bureau entgegennimmt oder die persönliche Vernehmung des Berechtigten vor dem Versicherungsamt seines Wohnortes verfügt. Jedoch kann der Berechtigte verlangen, daß er vor dem Versicherungsamt gehört wird und dann muß dem Folge geleistet werden. Die Sozialdemokraten forderten hier, daß unter allen Umständen der Berechtigte vor dem Versicherungsamt gehört werde, weil hier eine sachgemäße Behandlung seiner Einreden zu erwarten sei. Dies wurde jedoch abgelehnt. Ferner verlangten die Sozialdemokraten, daß das Reichsversicherungsamt unter Hinzuziehung eines Vertreters der Arbeiter und der Arbeitgeber den Einspruch des Berechtigten entgegennehme. Aber auch dieses lehnten die anderen Parteien ab, so daß die Sache von dem Vorsitzenden des Versicherungsamtes allein erledigt werden wird.

Das Versicherungsamt hat alle Weise, wofür sie nicht mit gar zu großen Kosten verbunden sind, zu erheben, die der Berechtigte geltend macht. Ganz besonders kommen hier die ärztlichen Gutachten in Betracht. Erfreulicherweise wurden für diese Instanz die Beschlüsse der ersten Sitzung unverändert übernommen, so daß dem Berechtigten unter allen Umständen die Einholung eines Gutachtens von dem Arzte gesichert ist, den er als Gutachter wünscht; freilich hat der Berechtigte unter gewissen Umständen die Kosten dieses Gutachtens zu bezahlen.

Wenn die Weise vom Versicherungsamt beigebracht worden sind, so geht die Sache an die Berufsgenossenschaft zurück und diese erläßt einen endgültigen Bescheid.

Nach Ablauf der ersten zwei Jahre seit dem Unfall wird eine sogenannte „Dauerrente“ festgelegt, die aber tatsächlich keine Dauerrente ist. Denn sie wird nicht für die ganze weitere Zeit dem Verletzten bewilligt, sondern die Berufsgenossenschaft hat das Recht, jedesmal nach Ablauf eines Jahres die Rente neu festzusetzen, wenn sie die für die Höhe der Rente maßgebenden Umstände geändert haben. Für die Neueinstellung der „Dauerrente“ ist aber vorgeschrieben, daß der Einspruch des Berechtigten gegen den Vorbescheid unter allen Umständen vor dem Versicherungsamt und zwar unter Hinzuziehung eines Vertreters der Arbeiter und der Arbeitgeber stattfindet. Außerdem hat in diesen

Fällen das Versicherungsamt ein Gutachten abzugeben.

Gegen den Endbescheid steht dem Berechtigten der Einspruch an das Oberversicherungsamt zu. Das Oberversicherungsamt soll wiederum die Weise erheben, die der Berechtigte zur Rechtfertigung seines Einspruches geltend macht. Leider gelang es hier den Sozialdemokraten nicht, für die Einholung der ärztlichen Gutachten dieselbe Bestimmung durchzusetzen, wie sie in dem Einspruchsverfahren vor dem Versicherungsamt erreicht worden ist. Fordert der Berechtigte ein weiteres Gutachten von einem von ihm benannten Arzte, so kann zwar das Oberversicherungsamt das unter der Bedingung einholen, daß der Berechtigte die Kosten trägt, jedoch hat das Oberversicherungsamt auch das Recht, den Antrag des Berechtigten auf Einholung des Gutachtens abzulehnen. Das ist eine sehr bedauerliche Lücke. Die Regierungen sowohl wie die Vertreter der Mehrheitsparteien sprachen allerdings die Hoffnung aus, daß in der Regel das Oberversicherungsamt das gewünschte Gutachten einholen werde, wenn der Berechtigte die Kosten vorlegt, es fragt sich aber, ob diese Hoffnung in Erfüllung geht. Aufgabe der Arbeiterpresse und der Gewerkschaften wird es sein, darüber zu wachen, daß die Anträge der Berechtigten auf Einholung eines ärztlichen Gutachtens nicht ohne zwingenden Grund abgelehnt werden.

Gegen die Entscheidungen der Oberversicherungsämter soll nicht mehr in allen Fällen der Rekurs an das Reichsversicherungsamt gestattet sein, während bekanntlich nach dem geltenden Rechts. der Berechtigte gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte das Reichsversicherungsamt anrufen kann. Die Sozialdemokraten sprachen sich gegen diese Beschränkung des Verfahrens aus, da die Verhandlungen vor dem Oberversicherungsamt leider nicht die Gewähr bieten, daß der Arbeiter immer zu seinem Rechte kommen kann. Die Mehrheitsparteien jedoch nahmen hierauf keine Rücksicht, für sie ist die Entlastung des Reichsversicherungsamtes wichtiger als die Wahrung der Arbeiterrechte. Demnach ist in Zukunft der Rekurs an das Reichsversicherungsamt nur noch bei der Festsetzung der „Dauerrenten“ zulässig. Die Sozialdemokraten bemühten sich, in all den Fällen, in denen der Rekurs an das Reichsversicherungsamt beseitigt wird, wenigstens das Recht der Revision zu belassen. Wenn dieser Antrag durchgegangen wäre, hätten die Berechtigten die Möglichkeit gehabt, gegen ein ungerechtes Verfahren, gegen eine falsche Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen oder gegen eine Entscheidung, die mit dem klaren Inhalte der Akten in Widerspruch steht, die Hilfe des Reichsversicherungsamtes anzurufen. Leider wurde auch dieser Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt.

Eine sehr wichtige Debatte fand über die Frage statt, ob die Arbeitersekretäre als Beistand der Berechtigten vor Versicherungsbehörden erscheinen dürfen. In dem Einspruchsverfahren bestanden die Mehrheitsparteien darauf, daß die Arbeitersekretäre nicht zugelassen werden sollen. Die Berufsgenossenschaft dagegen soll das Recht haben, sich durch ihre Vertrauensleute vertreten zu lassen. Hierin sahen die Sozialdemokraten eine ganz unberechtigte Begünstigung der Berufsgenossenschaft, jedoch lehnten die bürgerlichen Parteien den Antrag der Sozialdemokraten ab, der die Zulassung der Arbeitersekretäre aussprechen sollte.

Anders sind die Bestimmungen für die Zulassung der Arbeitersekretäre vor den Oberversicherungsämtern und dem Reichsversicherungsamt. Hier haben die Arbeitersekretäre den Antrag auf Zulassung zu stellen. Das Oberversicherungs-

amt entscheidet über diese Anträge. Lehnt es einen Antrag ab, so ist die Beschwerde an die oberste Verwaltungsbehörde, also das Ministerium des Innern, zulässig. Jedoch darf die Zulassung nur aus einem wichtigen Grunde, der sich aber nicht auf das religiöse und politische Verhalten des Berechtigten bezieht, verweigert werden. Die Sozialdemokraten beantragten, daß das letzte Wort über den Zulassungsantrag dem Reichsversicherungsamt zusprechen sollte. Dies wurde nur angenommen bezüglich der Zulassung vor dem Reichsversicherungsamt.

Korrespondenzen.

Braunschweig. Mitglieder-Versammlung am 11. Februar. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Hannevader, die anwesenden Mitglieder aus Wolfenbüttel begrüßt, machte er Mitteilung von dem Stand der Lohnbewegung bei der Firma Limbach. Hierauf gab Kollege Mertens den Kassenbericht für das vierte Quartal 1910. Es haben 44 Aufnahmen stattgefunden, ausgetreten waren 24, es verbleibt demnach ein Mitgliederbestand von 104. Die Einnahmen betragen 430,40 Mk., die Ausgaben 144,71 Mk. An die Hauptkasse wurden 294,69 Mk. gesandt. Die Lokalkasse hatte einen Bestand von 85,59 Mk., an Einnahmen 88,15 Mk., Ausgaben 155,91 Mk. Kollege Mertens führt noch an, daß die Austritte meistens von der Firma Westermann herrühren, wo der Faktor Lür die Mitglieder mit Entlassung bedroht, wenn sie nicht aus dem Verbands ausscheiden. Leider lassen sich manche Kolleginnen von dem Herrn ins Bockshorn jagen, der sich nicht scheut, den Arbeiterinnen durch Drohung mit der Hungerarbeit das Koalitionsrecht zu rauben, um sie, wenn sie keinen Schutz in der Organisations haben, noch besser ausbeuten zu können. Hierauf hielt Arbeiter-Sekretär Steinbrecher einen Vortrag über Gewerkschaften und Tarifverträge. Unter Vergleichendes wurde die Kollegin Voges als Hilfsfasserin gewählt. Für ein auscheidendes Mitglied aus der Tarifkommission wurde die Kollegin Freie-Wolfenbüttel gewählt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, für unser am 25. Februar stattfindendes Kappensfest rege Agitation zu betreiben und auch die nicht dem Verbands angehörigen Kollegen einzuladen.

Dresden. Am 14. Februar fand die diesjährige General-Versammlung statt, welche sehr gut besucht war. In pietätvoller Weise gedachte der Vorsitzende zunächst des verstorbenen Reichstagsabgeordneten B. Singer, welcher für die Sache und Rechte der Arbeiterschaft stets mannhaft eingetreten und für uns viel zu früh dahingegangen ist. Desgleichen des Kollegen Schleifer Belger, der am 15. Januar aus unserer Mitte abberufen wurde. Zum ehrenreichen Angebenken der Genannten erhob sich die Versammlung von ihren Plätzen. Der Vorsitzende gab sodann einen ausführlichen Ueberblick über die Tätigkeit der Verwaltung im vergangenen Jahre, aus dem hervorging, daß auch während dieses Zeitabschnittes mit aller Energie gearbeitet und eine unermüdbare Agitation entfaltet wurde. Leider ist unser Tarifkampf ohne Resultat verlaufen, aber es ist gelungen, alle Arbeitslosen wieder unterzubringen. Diese Bewegung hat aber insofern einen Nutzen für uns gehabt, weil nach dem infolge Mangels an arbeitsfähigen Lohnzulagen herausgeholt werden konnten. Auch in verschiedenen Steindruckereien wurden, wenn auch nur geringe, Verbesserungen bewilligt, sodaß trotz der klauen Konjunktur am Orte immerhin ein Fortschritt zu verzeichnen war. Der andauernde Bedarf an weiblichen Hilfskräften, zumal Steindruckanklerinnen, konnte nicht immer befriedigt werden, was dazu beigetragen hat, das Lohnniveau etwas in die Höhe zu bringen, weshalb die Kolleginnen stets darauf bedacht sein sollten, diese Gelegenheit im eigenen Interesse auszunutzen. Was den Mitgliederbestand anlangt, so hat das Jahr 1910 nur eine geringe Zunahme gebracht, indem ein Mehr von sechs Köpfen gleich 85 Mitglieder am Schluß des Jahres der Zahlstelle angehörten. Der Arbeitsnachweis wurde stark frequentiert und es war nicht immer mög-

lich, das verlangte Personal zu beschaffen, da leider viele Mitglieder unsere Vermittlung nicht in Anspruch nahmen, was für die Zukunft in Bezug kommen muß. Arbeitslos meldeten sich 342 Personen, verlangt wurden 371 und Stellen wurden besetzt 300; hierzu noch neun nach auswärts. Es fanden im verfloffenen Jahre zwei General- und 16 Mitglieder-Veranstaltungen statt, wovon vier in Nieder-Selblich und drei in Müglitz abgehalten wurden. Außerdem sind noch 15 Vorstand-, drei Vertrauenspersonen-, eine Hauskassierer-, drei Lohn-, drei Vergütungskommissions-Sitzungen, vier Tarifsitzen mit der Prinzipals-Kommission, sechs mit dem Gewerkschafts- und drei mit dem graphischen Kartell zu verzeichnen. Druckerstreikreden machten sich 53 in 22 Betrieben nötig. Hierauf gab Kollege Franz Herrmann den Jahresgeschäfts-Bericht pro 1910. Nach dem wurden verkauft 36512 Beitragsmarken im Werte von 12.465,15 M. Die Eintrittsgelder von 222 Mitgliedern betragen 82,45 M. Die Hauptkasse mußte infolge des Tarifkampfes einen Zuschuß von 9500 M. anweisen. Die Ausgaben beliefen sich für die Arbeitslosen-Unterstützung auf 4355 M., für die Kranken-Unterstützung auf 1552,40 M., für die Streit-Unterstützung auf 8571,67 M., für die Gemäßigten-Unterstützung auf 1359,74 M. und für die Wöchnerinnen-Unterstützung auf 360 M. An die Hauptkasse wurden gesandt 2782,24 M. Kollege Thirach als Revisor beantragte die Entlastung des Kassierers, was einstimmig erfolgte. Die Neuwahl der Verwaltung ergab folgendes Resultat: als Vorsitzender wurde Kollege Paul Herrmann, als Verwaltungs-Mitglieder die Kollegen Fricke, Süntherauf, Hentler und Gubisch und die Kolleginnen Schöne und Walter wiedergewählt. Für die ausgesetzte Kollegin Weidemann wurde Kollege Tränker neugewählt. Als Ersatzpersonen kamen gemäß der Stimmenzahl Kollege Friedrich und Kollegin Gießrau in Frage. Als Revisoren wurden wiederum die Kollegen Thirach, Barthel und Weimar und als Kartell-Delegierte die beiden Kollegen B. und F. Herrmann gewählt. Die Festsetzung der Remunerationen und Entschädigungen hat keine wesentliche Aenderung erfahren, nur dem Schriftführer wurde auf Antrag der Verwaltung eine Zulage von 5 M., also 30 M. einstimmig bewilligt. In der während des Wahlkampfes stattfindenden Diskussion kritisierte Kollege Barthel das anmaßende Begehren der Prinzipals-Kommission während der Tarifverhandlungen, betreffs des Ausschusses von in der Vollzeitung beschäftigten Mitgliedern aus dieser Kommission und bezeichnet dieses Verlangen als eine Umgehung der Prinzipale, wozu sie nicht berechtigt waren. Da die Druckerstreik damals erst gezwungen werden mußten, mit uns zu verhandeln, haben sie durch diese provozierende Handlungsweise ihre arbeiterfeindliche Gesinnung im richtigen Lichte gezeigt und bewiesen, mit welchem erektionären Unternehmertum wir es hier zu tun haben. Kollege B. Herrmann wies in seiner Erwiderung darauf hin, daß wir feinerzeit ungen, aber einzig und allein nur deshalb auf das Verlangen eingegangen sind, um die Verhandlungsmöglichkeit im letzten Augenblicke nicht wegen dieser Frage scheitern zu lassen. Unter „Gewerkschaftliches“ wünscht Kollege Schöner die Einberufung einer Schleifer-Veranstaltung, da jetzt von den Unternehmern der Versuch gemacht wurde, junge Leute für geringen Lohn als Lehrlinge anzunehmen, woraus für Berufs-schleifer mit der Zeit eine Konkurrenz entstehen müßte und die Löhne heruntergedrückt würden. Da zurzeit die Zahl der arbeitslosen Schleifer immer verhältnismäßig groß ist und dieselben nur schwer unterzubringen sind, ja sogar infolgedessen sich anderen Berufen zuwenden müssen, findet dieser von anderen Kollegen unterstützte Vorschlag Annahme und wird in nächster Zeit eine solche Veranstaltung stattfinden. Kollege Wünsche fragt an, ob und wann Streikbrecher wieder als Mitglieder aufgenommen werden können. Kollege F. Herrmann teilt mit, daß laut Verwaltungsbeschluß eine bestimmte Karenzzeit nicht festgesetzt wurde, sondern bei dergleichen Fragen in Zukunft von Fall zu Fall entschieden werden soll. Nachdem der Vorsitzende noch auf den Vergütungsabend am Sonnabend, den 25. Februar, hingewiesen und um zahlreiche Beteiligung ersucht hatte, wurde die Veranstaltung geschlossen.

Seibronn a. N. Generalversammlung am 12. Februar. Eingang der Versammlung sprach der Vorsitzende sein Bedauern darüber aus, daß es viele Kollegen und Kolleginnen für notwendig hielten, der Versammlung fern zu bleiben. Die Tagesordnung hätte wirklich einen besseren Verlauf verdient. Aus dem Tätigkeitsbericht geht

hervor, daß das verfloffene Jahr ein sehr arbeitsreiches war. So fanden neun Monatsveranstaltungen, acht Streikveranstaltungen, 20 Druckerveranstaltungen, sieben Auszubildungen, vier Vertrauenspersonensitzungen und eine öffentliche Versammlung statt. Des näheren ging er nochmals auf den Streit ein. Der Vermögensgegenstand war durchsichtiger als guter, ja während der Bewegung hatten wir sogar überfüllte Veranstaltungen, nur im letzten Quartal sei das Interesse etwas abgeklaut. Das muß anders werden, verlangt doch dieses Jahr die Zusammenfassung aller Kräfte. Der Kassenbericht weist in Einnahme und Ausgabe 2533,02 M. auf. An diese Berichte schloß sich eine kurze Diskussion. Sodann behandelte Kollege Schwan in einem einstündigen Referat die Stellungnahme zur Tarifrevision. Es würde sich verlohnen, den ganzen Gedankengang niederzulegen, aber vielleicht kann das später einmal geschehen. Das Referat wurde beifällig aufgenommen. Die Neuwahlen brachten einige Veränderungen. Es wurden gewählt die Kollegen Schwan als Vorsitzender, Krüftner als Kassierer, Bisp als Schriftführer und Spohn und Kollegin Adelhelm als Revisor; Spohn ist zugleich zweiter Vorsitzender. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Feis, Kübler und Schurkraft, als Kartelldelegierte Schwan und Bisp. Unter Punkt Verschiedenes wurden noch einige Anregungen gegeben, die die Agitation fördern sollen und beschloß, unsere Veranstaltungen eben letzten Montag im Monat abzuhalten. Nach einem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden, worin er auffordert, unablässig für die Organisation tätig zu sein, konnte nach dreistündiger Dauer die Versammlung geschlossen werden.

Mainz-Wiesbaden. Eine öffentliche Mitgliederversammlung fand am Montag, den 6. Februar, im Gewerkschaftshaus zu Wiesbaden statt, in der Frau Sifinger aus Mainz über das Thema referierte: „Die Industriearbeiterin als Sklavin vor und während der Ehe und wie kann deren wirtschaftliche und soziale Lage gebessert werden?“ Die Rednerin schilderte den Antagonismus die soziale Stellung der Frau von der Urzeit bis zum Zeitalter des Kapitalismus und verbreitete sich alsdann über die allgemeinen Lehren der Arbeiterorganisationen und deren gewerkschaftliche Kämpfe. Sie zeigte den Kolleginnen an Beispielen, wie sich das Unternehmertum die Frauenarbeit immer mehr zu Nutze macht. Obwohl die Arbeiterin ihren männlichen Kollegen an Intelligenz nicht nach steht, wird ihr für ihre Leistung nur halbe Bezahlung zuteil. Heute schon stehen 9 1/2 Millionen Frauen in gewerblicher Arbeit. Alle sind meist ihrem natürlichen Berufe als Hausfrau entzogen, da sie am Kampf um das tägliche Brot mit teilnehmen müssen, da der Mann oder der Vater nicht instand ist, die Familie allein zu ernähren. Ist sie schon vor der Ehe die Sklavin des Kapitalismus, so ist oft ihre Lage nach ihrer Verheiratung noch trauriger. Sie sinkt oft genug zum Arbeitstier herab, und geht einem frühen Sichteum entgegen. Trotzdem wollen noch sehr viele junge Arbeiterinnen nicht einsehen, daß eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Stellung nur durch ihre eigene Kraft erreicht werden kann. Und diese Kraft besteht in dem Zusammenschluß aller in ihrer zuständigen Organisation. Sie wendete sich zum Schluß an die männlichen Antwoenden mit dem Appell, ihre Mitarbeiterinnen als völlig gleichberechtigt zu betrachten und alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Kolleginnen der Organisation zuzuführen. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Müller, die Ausführungen der Genossin Sifinger noch ergänzt hat, forderte er die antwoenden Zuhörerinnen auf, sich dem Verbands anzuschließen, worauf sich auch sechs Kollegen aufnehmen ließen. Bedauert muß werden, daß ein Teil der Kollegenschaft zu der Versammlung nicht eingeladen war, obwohl die Versammlungszettel früh genug am Platze waren. Öffentlich wird in Zukunft etwas gewissenhafter verfahren, denn nur gewissenhafte Werberarbeit kann uns zum Ziele führen.

Nürnberg-Fürth. Bei Eröffnung unserer Generalversammlung, die am 12. Februar stattfand, gedachte der Vorsitzende in warmen Worten des Ablebens unserer politischen Führer Singer und Löwenstein, sowie der Genossin Führer, der Vorkämpferin und Lehrmeisterin für die moderne politische und gewerkschaftliche Frauenbewegung, zu deren Gedenken sich die Mitglieder von den Plätzen erhoben. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß das Jahr 1910, welches mit dem Kampf gegen die Arbeitshausordnung begann, vorwiegend der Tätigkeit in den Steindruckereien gewidmet war, während die Arbeit im laufenden Jahr hauptsächlich der Agitation für die Tarifbewegung im Buchdruck gilt, ohne damit die Dr-

ganisierung des Steindruckpersonals zu vernachlässigen. Als gutes Omen ist es zu deuten, daß im neuen Jahre bereits 8 Kollegen und 64 Kolleginnen gewonnen wurden. Die von Schwarzlehren gehegten Besorgungen von größerer Mitgliederflucht und verminderter Werberkraft anlässlich der Beitragserhöhung haben sich nicht erfüllt. Der Hauptverdienst an diesem glücklichen Uebergang gebührt den Vertrauenspersonen. Das Restantenumwesen ist zwar noch nicht ganz beseitigt, doch ist hierin eine wesentliche Besserung zu verzeichnen. Die Zahl der geleisteten Beiträge hat sich bedeutend erhöht und eine Durchschnittsleistung von 11 Beiträgen pro Mitglied und Quartal ist zu konstatieren. Der Mitgliederbestand beträgt am Jahreschluß 153 männliche und 670 weibliche, insgesamt 823. Die Fluktuation hat sich zwar gemindert, doch wird diese in Verbänden mit überwiegend weiblichem Rekrutierungsmaterial wie auf das Maß, wie bei reinen, hauptsächlich qualifizierten Männerorganisationen einzudämmen sein. Der Arbeitsnachweis erfreut sich einer stets wachsenden Inanspruchnahme durch die Unternehmer, jedoch es vielfach nicht möglich war, alle offene Stellen zu besetzen. In manchen Betrieben herrscht permanenter Mangel an Hilfspersonal, dem auch durch die geplante Einführung der englischen Arbeitszeit nicht abzuhelfen ist. Die Gründe dafür sind leicht zu finden. Sie liegen in der schlechten Bezahlung der Arbeiterinnen, die kein Interesse an einer Branche haben, die sie ohne Lohnverlust jederzeit wechseln können. Wären sich die Arbeiterinnen des Wertes ihrer Arbeitskraft bewußt, so sähe es daß ganz anders aus. Gegen den Unverstand anzukämpfen ist zwar schwierig, aber auch dieses Vorkampf muß noch intensiver werden. Das Gleichgewicht im graphischen Kartell ist wieder hergestellt, wenn auch nicht für immer; „denn hart im Raume stoßen sich die Dinge.“ Ueber die gestiegenen Lohnbewegungen ist bereits an dieser Stelle jenseitig berichtet worden. Der Ablauf unseres Tarifes muß auch uns gerüstet finden und in einer demnächst stattfindenden Versammlung werden unsere Wünsche und Forderungen formuliert. Nun ist es höchste Zeit, daß die Indifferenten aus ihrem Dämmerzustande aufgerüttelt werden und erkennen, was auf dem Spiele steht, denn mit ein paar Brosamen lassen wir uns nicht auf Jahre hinaus abspesen. Auch für die Organisierten erwächst die Pflicht, sich reger am Versammlungsleben zu beteiligen und durch wirksame Kleinarbeit die Unorganisierten zum Anschluß an den Verband zu bewegen. Die agitatorische Tätigkeit im verfloffenen Jahr geht aus folgenden Zahlen hervor: Abgehalten wurden 8 Mitglieder-, 193 Geschäfts- und 8 Bezirks-Versammlungen, wozu noch 7 Verwaltungs- und 9 Vertrauenspersonensitzungen kommen. Eine Sitzung des Tarifschiedsgerichts wurde durch Vergleich beendet. Die Jahresrechnung der Verbandskasse beträgt 13 742 M. Von den Ausgaben sind hervorzuheben: Für Arbeitslosenunterstützung 1015,70 M., für Krankenunterstützung 1453,90 M., für Wöchnerinnenunterstützung 430 M. und für Streitunterstützung 4249,91 M. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse belaufen sich auf 4060,09 Mark, bei einem Kassenbestand von 1276,71 M. Die Revisoren bestätigten die Uebereinstimmung der Kasse und Bücher. Bei den hierauf vorgenommenen Wahlen wurde Kollege Strumpf als Vorsitzender gewählt, während die übrige Besetzung der Verwaltung keine wesentliche Aenderung erfuhr. Bei Sez. u. Co. reichten unsere Kolleginnen wegen Nichtbezahlung des Weihnachtstags die Kündigung ein. Verhandlungen mit der Firma führten zur Anerkennung des Tarifs und zur Bezahlung des halben Tages, wonit auch das Hilfspersonal nach anfänglichem Sträuben einverstanden war. Eine Anrechnung, die gemeinschaftliche Beschäftigung der Solnhofener Steindrucker im Laufe des Sommers vorzunehmen, wurde der Verwaltung überwiesen, die die weiteren Vorbereitungen trifft. Mit der Festsetzung der in diesem Jahre zu veranlassenden Festschichten und der Wahl einer Vergütungskommission, welche das Arrangement dieser notwendigen Uebel übernimmt, fand die Generalversammlung einen vergnüglichen Abschluß.

Abrechnungen.

Das 4. Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Dresden 828,02, Freiburg 47,59, Hamburg 929,28, Leipzig 3347,35, Mannheim 157,05, Nürnberg 1220,80 M.

S. Loda H.